



JENS BERGER



STRESSTEST

DEUTSCHLAND



WIE GUT SIND WIR

WIRKLICH?



Jens Berger

STRESSTEST DEUTSCHLAND

Wie gut sind wir wirklich?

WESTEND

Inhalt

Mehr über unsere Autoren und Bücher:

www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-86489-002-4

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2012

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

Einleitung: Auf der Suche nach dem Glück	9
1 Demokratiekrise: Leben wir im besten aller denkbaren Systeme?	18
Willkommen in der Parteiendemokratie	19
Wie systemverdrossen ist das Volk?	22
Wer hat uns verraten?	24
Willkommen in der Bionade-Republik	29
Stuttgart 21 – ein postdemokratisches Lehrstück	32
Wo ist die Alternative?	35
2 Zwischen Mediendemokratie und Mediokratie	38
Vom Sturmgeschütz der Demokratie zu Angela Merkels Spritzpistole	40
Ratschläge vom Wirtschaftsklempner	45
Das systemische Versagen der Medien	49
Machtkartell Bertelsmann	53
Die Meinungsmacht der Campagneros	58
Porsche-Klaus und die Selektivität der Medien	62
Öffentlich-rechtliche Klofrauen	66
Retten die Blogger die Demokratie? The good, the bad and the ugly	69
Gefahren für die digitalen Bürgermedien	72

3	Lobbyismus: Doch man sieht nur die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht	75	6	Steuersystem: Umverteilung einmal andersrum	152
	Etikettenschwindel mit Schuldenuhr	80		Steuersenkungen durch die Hintertür	156
	Der Lobbyist als Diener zweier Herren	84	7	Gesundheitspolitik: Dr. Knock – oder der ökonomische Erfolg im Gesundheitssektor	161
	Der Drehtüreffekt	89		Rohrkrepierer Kostenexplosion	165
	Lukrative Nebenjobs	95		Das böse Spiel mit den »demographischen Zombies«	168
	Wolfgang Clement – wenn Lobby und Politik verschmelzen	101		Die gefühlte Kostenexplosion	170
	Friedrich Merz – ein politisch-lobbyistisches			Der Angriff der Lobbyisten	172
	Gesamtkunstwerk	103		Renditeobjekt Krankenhaus: Wie aus der Schwarzwaldklinik ein Profitcenter wurde	178
	Es muss ein Ruck durch unseren Bundestag gehen	106		Renditeziel fünfzehn Prozent	182
4	Wirtschaftspolitik: Kennst du das Land, in dem die Löhne blühen?	109		Aus Krankenschwestern werden Kostenfaktoren	185
	Der Neoliberalismus ist nicht zu bremsen	111		Pflegenotstand ante portas	188
	Autos kaufen keine Autos	115	8	Finanzpolitik: Auf dem Weg zur marktkonformen Demokratie	191
	Bewusstseinsverändernde Droge mit drei Buchstaben	117		Spekulantenbilder	194
	Die schwäbische Hausfrau als Kardinalfehler deutschen Denkens	118		Geld aus dem Nichts	196
	Fremdwörter für Fortgeschrittene: Binnennachfrage	120		Das Geschäft mit den Staatsanleihen	200
	Der Flügelschlag eines schwäbischen Schmetterlings	123		Die Erpressung	203
	Unsoziale Marktwirtschaft	124		Eurokrise – Europa im Visier der Banken	207
	Hurra – wir sind Weltmeister!	126		Hurra! Wir sparen uns zu Tode!	213
	Pyrrhussieg für Chermany	128		Schockstrategie: Kann die Welt am deutschen Wesen genesen?	216
	Gleichgewicht oder Währungskrieg?	131		Eurobonds als Ausweg aus der Eurokrise	221
	Lohnsteigerung als Königsweg aus der strukturellen Krise	133		Das Ende der Spekulation wäre möglich	224
	Mit Vollgas in die Sackgasse	136		Inflation – das deutsche Reizwort	227
5	Sozialpolitik: Gerechtigkeit ist mehr als eine Frage der Moral	138		Nachwort: Demokratie in Gefahr	232
	Eine Frage des Abstands	141		Anmerkungen	239
	Aufstocker – willkommen im Putzfrauenparadies	145		Literatur	253
	Krisenbewältigung nach Art der drei Affen	148			

Einleitung

Auf der Suche nach dem Glück

In der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Jahr 1776 wird das Recht auf »Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit« als das unveräußerliche Recht eines jeden Menschen bezeichnet. Der kleine Himalaja-Staat Bhutan hat das Glück seiner Bürger sogar zum Staatsziel erhoben. Dort bemisst sich der Erfolg der Politik nicht am Bruttoinlandsprodukt, sondern am »Bruttonationalglück«. Jede öffentliche Investition und jede politische Gesetzesänderung müssen sich dort daran messen lassen, ob sie dem Allgemeinwohl dienen. Diese Maxime mag für deutsche Leser, die als Maßstab für erfolgreiches politisches Handeln eher materielle Benchmarks wie Effizienz, Produktivität, Rendite und Profit kennen, ungewöhnlich, ja vielleicht sogar naiv klingen. Warum eigentlich?

Es versteht sich von selbst, dass wirtschaftliche Kennzahlen kein reiner Selbstzweck sind. Umso erstaunlicher ist es jedoch, dass eben diese wirtschaftlichen Kennzahlen von Politikern und Medien immer wieder isoliert zum Maß aller Dinge erhoben werden. Deutschland strebt nicht nach Glückseligkeit, sondern nach steigenden DAX-Kursen. Nicht das Bruttonationalglück, sondern das Bruttoinlandsprodukt ist die Benchmark politischen Handelns. Dabei heißt es schon im Amtseid, den jeder Bundeskanzler und Bundesminister ablegen muss: »Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden [...] werde.« Dem Wohl der Wirtschaft haben die Verfasser des Grundgesetzes wohlweislich keinen Verfassungsrang zugesprochen.

Gleichwohl stehen wirtschaftliche Kennzahlen keinesfalls im Gegensatz zum Streben nach Glückseligkeit. Denn es ist nicht per se falsch, eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts anzustreben, und selbstverständlich ist es für das Land zunächst einmal von Vorteil, wenn es der hiesigen Wirtschaft gutgeht. Analog zum bekannten Sprichwort, nach dem Geld nicht alles, ohne Geld aber alles nichts sei, könnte man auch sagen, dass Wirtschaftswachstum nicht alles, ohne Wirtschaftswachstum aber alles nichts ist.

Seit mehreren Jahren hat die Mehrheit der Deutschen das Gefühl, dass es ihr von Jahr zu Jahr schlechter geht. Die Preise steigen, die Löhne stagnieren, immer häufiger reicht selbst für die Angehörigen der Mittelschicht am Ende des Monats das Geld nicht mehr aus, um alle Rechnungen pünktlich zu begleichen. Fragt man die Deutschen, wovor sie Angst haben, stehen nicht etwa der Klimawandel oder der internationale Terrorismus an erster Stelle, sondern die steigenden Lebenshaltungskosten.¹ Noch sind zwei Drittel aller Deutschen mit ihrem persönlichen Lebensstandard eher zufrieden.² Es sind jedoch ebenfalls zwei Drittel, die sich vor einem künftigen persönlichen sozialen Abstieg fürchten.³ Mehr als die Hälfte aller Deutschen ist zudem der Ansicht,⁴ dass der allgemeine Lebensstandard in Deutschland künftig eher sinken wird. All dies steht im krassen Gegensatz zur jüngeren Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die Jahr für Jahr neue Umsatz- und Gewinnrekorde meldet, während das Bruttoinlandsprodukt trotz Weltwirtschaftskrise und kurzzeitiger Rückschläge solide und stetig steigt. Nehmen die Menschen den XXL-Aufschwung – O-Ton Rainer Brüderle – etwa nicht wahr? Oder haben sie erkannt, dass er nichts mit ihrer persönlichen Situation zu tun hat?

Wäre das Glück auch hierzulande Staatsziel, müsste die Regierung wohl eine Kommission einberufen, um die Diskrepanz zwischen den wirtschaftlichen Kennzahlen und dem Empfinden der Menschen zu untersuchen. Die Wirtschaftswissenschaft kann – und will – diese Diskrepanz offensichtlich nicht aufklären. Das Fach

Wohlfahrtsökonomik gilt hierzulande als Außenseiterfach, da es »normativ« ist, also Werturteile fällt. Moderne Ökonomen lieben nackte Zahlen, unterlassen es jedoch, aus diesen Zahlen Werturteile herzuleiten. Darum wird das Fach Wohlfahrtsökonomik auch nur an wenigen deutschen Universitäten überhaupt gelehrt.

Auch das Fach Wirtschaftsethik führt an den deutschen Universitäten ein Schattendasein. Trotz großer Nachfrage seitens der Bologna-gestressten Studierenden bietet nur jede zweite Wirtschaftsfakultät dieses Fach an⁵ – zu den abschlussrelevanten Pflichtveranstaltungen gehört es fast nirgends. Stattdessen werden den Studenten der Wirtschaftswissenschaften auch heute noch unhaltbare Thesen wie die der universellen Gültigkeit der Marktgesetze eingeblutet.

Der US-amerikanische Ökonom und Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz bringt die vermeintliche Unfehlbarkeit ökonomischer Erkenntnisse in einem kurzen Satz auf den Punkt: »Die Ökonomie ist die einzige Wissenschaft, in der sich zwei Menschen einen Nobelpreis teilen können, weil ihre Theorien sich gegenseitig widerlegen.«⁶

Man versucht seitens der herrschenden Lehrmeinung erst gar nicht, die Diskrepanz zwischen Theorie und Realität zu erklären. Vielmehr werden die Menschen, die nicht daran glauben, dass sie etwas vom XXL-Aufschwung haben, bezichtigt, einer Sinnestäuschung zu unterliegen. Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Dass die Menschen aber nicht Opfer von Sinnestäuschungen sind, belegen unzählige Statistiken, von denen einige in späteren Kapiteln noch angeführt werden.

Welchen Maßstab könnte man also anlegen, wenn man die Frage beantworten will, ob es uns gut geht und ob das Land auf dem richtigen Weg ist? Das Glück oder die Glückseligkeit wären zwar die ideale Benchmark. Leider ist Glück jedoch nicht messbar, und zum Glücksempfinden gehören viele Faktoren, die mit politischen oder wirtschaftlichen Fragen nicht unbedingt im Zusammenhang stehen, etwa das private Umfeld oder die Gesundheit. Einen praktikableren Ansatz bietet da schon die eingangs zi-

tierte Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten: Nicht das Glück als solches, sondern das »Streben nach Glückseligkeit« gilt dort als unveräußerliches Recht. Eine Politik, die den Menschen das Streben nach Glückseligkeit ermöglicht, wäre somit eine denkbare Benchmark für unsere Lagebestimmung.

Begriffe wie Glück oder Freiheit sind zugleich sehr subjektiv. Guido Westerwelle und Sahra Wagenknecht vertreten nicht nur einen anderen Freiheitsbegriff, sondern haben vermutlich auch unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Politik das Streben der Menschen nach Glückseligkeit unterstützt. Eine Benchmark, die hier Klarheit bringt, muss demnach auch normativ sein, sie muss Ziele setzen, deren Erreichung wünschenswert erscheint.

Die Glücksforschung gibt uns da zumindest einen empirischen Befund. Nach dem neoliberalen Dogma fördert Ungleichheit den Wettbewerb, spornt die ärmeren Schichten an, ihren Lebensstandard durch Leistung zu verbessern, und sorgt daher für eine Gesellschaft, in der ein jeder mit vollem Einsatz sein (ökonomisches) Glück suchen kann. Dass diese Theorie falsch ist, belegten die britischen Epidemiologen Kate Pickett und Richard Wilkinson in einer aktuellen und aufsehenerregenden Studie.⁷ Pickett und Wilkinson haben in jahrzehntelanger Arbeit Daten zum Zustand der Gesellschaft in modernen Industriestaaten gesammelt und ausgewertet. Sie untersuchten unter anderem die Verbreitung von psychischen Erkrankungen, den Drogenkonsum, die Zahl der Selbstmorde, die Höhe der Lebenserwartung; sie fragten nach dem Bildungsniveau, nach Schwangerschaften von Minderjährigen und der sozialen Mobilität. Die Wissenschaftler kamen zu dem – vielleicht überraschenden – Ergebnis, dass soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft es begünstigt, dass negative Faktoren besonders häufig auftreten.

Nicht nur die Armen, sondern alle soziale Schichten leiden unter der Ungleichheit. So ist beispielsweise die Zahl psychischer Erkrankungen in den USA, wo es gewaltige Einkommensunterschiede gibt, fünfmal so hoch wie in den skandinavischen Ländern und betrifft vor allem Personen mit einem höheren Einkom-

men. Ungleichheit führt zu Statusangst auf allen Ebenen einer Gesellschaft, und diese macht die Menschen nicht nur unglücklich, sondern auch krank. Die Ergebnisse von Pickett und Wilkinson decken sich mit Studien der University of Leicester.⁸ Dort wurde mit Hilfe einer Metaanalyse aus mehr als hundert verschiedenen Studien eine Weltkarte des Glücks erstellt. Auch hier konnten die skandinavischen Länder, in denen Einkommen und Vermögen relativ gleichmäßig verteilt sind, Spitzenplätze erzielen, während Länder, in denen es große Unterschiede bei der Einkommens- und Vermögensverteilung gibt, schlecht abschnitten.

Die Benchmark für den Stresstest Deutschland ist somit eine gerechte Gesellschaft, in der Einkommen, Vermögen und Macht möglichst gleich verteilt sind, in der die Menschen keine Angst vor sozialem Abstieg haben müssen und die sich durch eine hohe Einkommens- und Bildungsmobilität – das heißt durch gute Aufstiegschancen für die ärmeren Schichten –, auszeichnet. Eine solche Gesellschaft hat sich ansatzweise in Deutschland in der Nachkriegszeit bereits entwickelt. »Wirtschaftswunder« wurde das Schlagwort für diese gut zwei Jahrzehnte andauernde rasante Entwicklung. Auferstanden aus Ruinen der eigenen Großmannsucht, wurde der Westteil des Landes zu einem demokratischen Staat, in dem Freiheit nicht nur eine hohle Phrase war.

Natürlich kann man dieses »Wirtschaftswunder« nicht losgelöst von seinem historischen Kontext betrachten. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag das Land in Trümmern, viele Angehörige der jüngeren und mittleren Generation waren im Krieg gefallen. Das Land brauchte nicht nur Arbeiter, sondern auch speziell geschulte Fachkräfte und Akademiker, die dann natürlich auch höhere Einkommen erzielen konnten. Die oberen Schichten reichten als »Reservoir« für diesen Bedarf nicht aus, also musste man auch den Nachwuchs der unteren Schichten rekrutieren. Dies ging nur, indem man das Bildungssystem sukzessive öffnete, um eine erhöhte soziale Mobilität zu ermöglichen.

Man sollte auch nicht vergessen, dass sich der kapitalistische Westen damals in einem Wettbewerb der Systeme befand und

sich selbst und seinen Bürgern stets aufs neue beweisen musste, dass der Kapitalismus dem Sozialismus überlegen sei. Insofern fand auch die Freiheit der politischen Betätigung im neuen demokratischen Deutschland 1956 mit dem Verbot der KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) ihre Grenze.

Die Periode zwischen dem Zweiten Weltkrieg und der Wiedervereinigung zeichnete sich auch durch ein komplett anderes Selbstverständnis des Staates aus, als wir es heute – nach dem Siegeszug des Neoliberalismus – kennen. Der starke Staat, dessen Wirken weit in sämtliche wirtschaftliche Belange reichte, war in dieser Periode der Regelfall. Damals gab es noch keine Spitzenverdiener, die der Politik Steuersenkungen abpressten und offen mit ihrem Wegzug drohten. Bis ins Jahr 2000 lag der Spitzensteuersatz in Deutschland stetig zwischen 53 Prozent und 56 Prozent und galt für alle Einkommensarten. Heute liegt er bei 42 Prozent und gilt nur für Einkommen aus eigener Arbeit – Einkünfte aus Kapitalanlagen, Mieten und Dividenden werden pauschal mit lediglich 25 Prozent versteuert. In den »erkapitalistischen« USA lag der Spitzensteuersatz in der Nachkriegszeit bis zum Jahre 1965 sogar bei 91 Prozent und betrug 1981 beim Amtsantritt Ronald Reagans immer noch stolze siebenzig Prozent.

Wenn der Staat nicht freiwillig auf Einnahmen verzichtet, kann er es sich natürlich auch leisten, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Streben nach Glück bestmöglich garantieren. In Deutschland betragen die Staatseinnahmen in den Fünfzigern und Sechzigern mehr als 27,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – unter den Kanzlern Gerhard Schröder und Angela Merkel ist dieser Wert auf unter 22,5 Prozent gesunken. Wann immer über die angeblich horrenden Staatsverschuldung palavert wird, sollte man im Hinterkopf behalten, dass Deutschland nahezu schuldenfrei wäre, wenn die Regierungen Kohl, Schröder und Merkel die Staatseinnahmenquote nach der Wiedervereinigung nicht durch teilweise groteske Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdienende gesenkt hätten.

Eine weitere Benchmark für unseren Stresstest ist somit ein aktiver Staat, der sein Handeln am Wohl seiner Bürger ausrichtet, wie es ja auch der Amtseid der deutschen Kanzler und Bundesminister vorsieht. Ziel wäre demnach ein Land, in dem man die Schichtzugehörigkeit und Entlohnungsstufe seiner Bewohner nicht bereits am Zustand des Gebisses erkennt. Ein Land, in dem es möglich ist, dass auch Arbeiter ihre Kinder auf die Universität schicken, die dann auch im späteren Leben die gleichen Chancen haben wie Kinder aus »besserem Hause«. Ein Land, in dem keine Angst vor sozialem Abstieg, Armut oder Arbeitslosigkeit herrscht.

Dem Begriff Stresstest kommt in diesem Buch gleich doppelte Bedeutung zu. Die rasante Entwicklung, die das Land seit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise durchmacht, stellt für unsere Gesellschaft einen Stressfaktor par excellence dar. Gleichzeitig greift der Begriff »Stresstest« in ironischer Weise die Stresstests des vergangenen Jahres auf. Ganz gleich, ob es sich dabei um den Stresstest für das Immobilienprojekt Stuttgart 21, den Stresstest für die Atommeiler oder die zahlreichen Stresstests für das Bankensystem handelte – die Ergebnisse dieser Stresstests standen bereits von vornherein fest, und ihr einziger Sinn und Zweck lag darin, besorgte und verängstigte Menschen zu beruhigen. Dieses Buch will freilich nicht beruhigen, sondern vielmehr zum Nachdenken anregen und wachrütteln. Es will den Finger in die Wunde legen. Dabei soll Kritik jedoch nicht zum Selbstzweck verkommen, sondern auch stets Alternativen aufzeigen. Es soll nicht nur um nackte Zahlen gehen, sondern vor allem um die Menschen, deren Schicksale sich hinter diesen Zahlen verbergen. Es behandelt auch weniger konkrete tagespolitische Fragen und Entscheidungen, sondern analysiert die Strukturen und Strategien, die diesen tagespolitischen Problemen zugrunde liegen.

Trotz – oder gerade wegen? – der Globalisierung und der digitalen Revolution ist unsere Welt nicht einfacher, sondern um vieles komplexer geworden. Politik und Medien preisen täglich die Leistungsfähigkeit Deutschlands, nicht ohne uns im gleichen Atemzug zu ermahnen, den Gürtel doch bitte enger zu schnallen.

Himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt – die Grenzen zwischen Selbstbeweihräucherung und schrillum Alarmismus verschwimmen immer mehr.

Um diese täglichen, widersprüchlichen Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfen zu können, will ich in diesem Buch verschiedene Politikbereiche auf den Prüfstand stellen. Dabei werden vermeintliche Wahrheiten hinterfragt und Alternativen zu angeblichen Alternativlosigkeiten aufgezeigt. In einer besseren Welt würden die Medien diese Aufgabe erfüllen, und ein Buch wie dieses wäre überflüssig. Man muss aber leider konstatieren, dass diese – im wahrsten Sinne des Wortes – aufklärerische Arbeit von den Medien mehr und mehr vernachlässigt wird. Anstatt die herrschende Meinung, den Meinungsmainstream, zu hinterfragen und fair über Alternativen zu berichten, werden Positionen, die nicht im Einklang mit der vorherrschenden Meinung stehen, lieber »links liegengelassen« und ausgeblendet.

Der vorgenommene Stresstest deckt vor allem die Politikbereiche ab, die für das Streben nach Glück maßgeblich sind. Dies ist insbesondere das demokratische System als solches, das nicht nur den Rahmen, sondern auch die Orientierung staatlichen Handelns vorgibt. Schlussendlich liegen alle in diesem Buch behandelten Fragen und Probleme im Entscheidungshorizont der Politik. Ihr kommt daher auch eine ganz entscheidende Rolle bei der Bewertung zu. Das macht die Sache jedoch keinesfalls einfacher. Denn die Entscheidungsprozesse in der Politik verlaufen leider nicht nach dem simplen Schema, dass Politiker sich eigene Gedanken um die Zukunft des Landes machen, sondern es gibt viele Faktoren, die in die politischen Entscheidungsprozesse hineinspielen und sie beeinflussen. An erster Stelle ist da der Lobbyismus zu nennen, der sich in den letzten Jahren zu einer echten Gefährdung des demokratischen Systems entwickelt hat. Eine sehr wichtige Funktion kommt in diesem Kontext auch den Medien zu. Sie sind nicht nur die vierte Gewalt, die den Staat, die Parteien und die Politik überwachen soll, sondern auch ein wichtiger Akteur bei der politischen Willensbildung – nicht nur für

den Wähler, sondern mit zunehmender Tendenz auch für die Politiker selbst.

Wenn es um das Streben nach Glück geht, spielen natürlich auch ökonomische Fragen eine wichtige Rolle, da wirtschaftliche Faktoren ganz entscheidend zum subjektiven Glücksempfinden beitragen. Daher werden auch unser Wirtschaftssystem und dessen wirtschaftspolitische und ideologische Leitlinien unter die Lupe genommen. Außerdem sollen das Gesundheitssystem und die Bereiche Rente, Arbeit und Soziales näher beleuchtet werden – sind sie es doch, die für unsere soziale Sicherheit verantwortlich sind.

Natürlich muss ein Stresstest auch auf die Handlungsoptionen eingehen. Aktuell ist Deutschland mit einer Finanzkrise konfrontiert, die nicht nur viele Paradigmen über den Haufen geworfen hat, sondern auch in Form der Eurokrise maßgeblich den Handlungsspielraum für künftige Regierungen bestimmt. Schon heute steht die Politik dieses Landes unter Finanzierungsvorbehalt. Sollte sich die Politik nicht aus den Schlingen der Finanzmärkte befreien und sich selbst in die babylonische Gefangenschaft einer »marktkonformen Demokratie« begeben, könnten sich sämtliche Diskussionen über Detailfragen schon bald erübrigt haben, da nicht mehr wir, die Bürger, sondern die Finanzmärkte über unsere Zukunft entscheiden. So viel sei vorweggenommen – unser Streben nach Glück ist den Analysten der Investmentbanken und Ratingagenturen herzlich egal.